Eingangsstatement des Landrates des Landkreises Oder-Spree, *Rolf Lindemann*, in der Anhörung zum Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg am 19. Oktober 2017 in Potsdam

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren Abgeordneten des brandenburgischen Landtages,
Herr Minister,

der Kreistagsvorsitzende, Herr Dr. Berger, hat Ihnen den Beschluss des Kreistages des Landkreises Oder-Spree dargelegt. Dieser Beschluss ist einstimmig, ohne Enthaltung beschlossen worden. Sie dürfen dem entnehmen, dass auch der Landrat diesen Beschluss voll inhaltlich mitträgt.

Der Kreistag hat 2015 einen zeitweiligen Ausschuss zum Thema Strukturreformen gebildet. Dieser hat auf der Grundlage entsprechender Zuarbeiten aus der Verwaltung die Kreistagsbefassung vorbereitet.

In die Arbeit des zeitweiligen Ausschusses waren die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die Ämter eingebunden. Die Gemeinden haben dem Kreistag ihre Position nochmals gesondert übermittelt. Das entsprechende Schreiben, welches von Bürgermeistern und Amtsdirektoren unterzeichnet ist, werde ich mit meinem Eingangsstatement zu Protokoll geben.

Dieser ablehnende Beschluss ist den Kreistagsfraktionen aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht leicht gefallen und ist deshalb auch erst am 4. Oktober gefasst worden. Die Positionierung hatte einen langen Vorlauf und stellt mit Blick darauf, dass unsere begründeten Einwände trotz mehrmaligen Vortrags offenbar im federführenden Ministerium bis heute keine ernsthafte Reaktion ausgelöst haben, einen konsequenten Schritt dar.

Wir hegen nun die Hoffnung, dass der Landtag die in der Stellungnahme des Landkreises zusammengefassten Einwände aus eigener Verantwortung als Gesetzgeber aufgreift und in den parlamentarischen Beratungsprozess einfließen lässt.

Der Gesetzesentwurf in der vorliegenden Fassung verletzt den Landkreis Oder-Spree nach Auffassung seines Kreistages in mehrfacher Hinsicht massiv in seinem verfassungsverbürgten Recht auf kommunale Selbstverwaltung aus Art. 97 der brandenburgischen Landesverfassung.

Die Rechtsverletzung ergibt sich aus zwei Fehlerkategorien, nämlich

materiell-inhaltliche Mängel,
Verfahrensmängel.

1. Mit jedem Reformvorhaben verknüpft die Rechtsprechung einen wesensimmanenten Fortschrittsgedanken. Dies manifestiert sich in dem sogenannten Verbesserungsgebot, welchem das reformerische Ansinnen Rechnung tragen muss.

Normalerweise sollte deshalb ein Reformwerk, dem diese struktur-politische Bedeutung beigemessen wird, selbsterklärend sein und zumindest bei denen, die das aus der fachlichen

und alltagspraktischen Sicht zu beurteilen haben, zumindest überwiegend Akzeptanz finden. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein – und das hat Gründe.

Aus der Perspektive des Landkreises Oder-Spree müssen wir feststellen eine solche Verbesserung ist nach dem vorliegenden Entwurf für den Landkreis Oder-Spree nicht ersichtlich. Im Gegenteil wird seitens des Kreistages sowie der Bürgermeister und Amtsdirektoren der kreisangehörigen Kommunen befürchtet, dass sich die in der Haushaltswirtschaft der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) widerspiegelnde strukturelle Unterfinanzierung der kreislichen Aufgaben, welche auf den Landkreis Oder-Spree übertragen werden sollen, dann beim Landkreis Oder-Spree zeigen wird und letztlich über die Kreisumlage von den kreisangehörigen Kommunen auszugleichen sei.

Die immer wieder vernehmbare Behauptung, der hohe Kassenkreditbestand der Stadt Frankfurt (Oder) sei auf unwirtschaftliches Verhalten der Stadt selbst zurückzuführen, kann sich auf keine Begründung stützen und wirkt geradezu hilflos.

Eine einfache Kontrollüberlegung hätte zumindest Anlass für eine tiefgründigere Analyse gegeben, denn die Vorstellung, die gedankliche Scheidelinie, kreisfreie Stadt bzw. Landkreis trenne die „Verschwender“ von den soliden Haushältern, erscheint doch sehr gewagt. Auch die auffällige Differenz hinsichtlich des Umfangs, des Verschuldungsgrades der kreisfreien Städte ist so ernsthaft nicht zu erklären.

Bis zum heutigen Tage sind auch keinerlei Nachweise für die Richtigkeit dieser Behauptung geführt worden.

Die Verlautbarungen der Landesregierung zu der befürchteten Lastenverschiebung auf den Landkreis tragen auch eher den Charakter eines frommen Wunsches, etwa wenn der Justizminister im Rahmen der Regionalkonferenzen des Jahres 2016 in Beeskow (hier wird insbesondere die Regionalkonferenz der Landtagsfraktion Die Linke vom 3.3.2016 in Bezug genommen) die anwesenden Bürgermeister mit der sinngemäßen Aussage zu beruhigen versucht, durch die Reform werde es keine Erhöhung der Kreisumlage im Landkreis geben. Es werde so viel Geld ins System gegeben, dass diese Folgen nicht eintreten könnten.

Derartige politische Aussagen können aber wohl kaum als Grundlage dienen, den gravierenden Einwand auszuräumen.

Auch der Verweis auf eine wie auch immer im FAG vorzunehmende Neuregelung des Soziallastenausgleichs ist insoweit keine belastbare Aussage.

In Gesprächen mit der Politik wird ja sogar eingeräumt, dass der Soziallastenausgleich erheblich zu gering angesetzt ist. Man fragt sich also, warum nichts dafür getan wird, die Deckungslücke zu ermitteln und mit tragfähigen Vorschlägen die offensichtlich begründeten Einwände auszuräumen. Man sollte nicht jede offene Frage auf den Klageweg verweisen und damit populistische Klischees bedienen.

Fazit: Dem Gesetzentwurf liegt kein Konzept einer fairen Lastenverteilung und zwar im Landesmaßstab zugrunde. Ansonsten wäre es nicht erklärlich, dass der Landkreis Oder-Spree

willkürlich herangezogen wird, mit der Stadt Frankfurt (Oder) eine haushaltswirtschaftliche Risiko- und Schicksalsgemeinschaft zu bilden, während der der Begründung nach haushaltswirtschaftlich besser aufgestellte Angrenzer-Landkreis Märkisch-Oderland diesbezüglich völlig außer Betracht bleibt – ein deutlicher Hinweis darauf, dass bereits das Konzept der Lastenverteilung im Gleichbehandlungsgebot nicht genügt.

Auch dem Landkreis Oder-Spree gegenüber wird immer wieder eingeräumt, dass dieser mit Blick auf die Gesamtkulisse keinen Reformbedarf habe. Das bedeutet, der Landkreis ist in das Reformvorhaben allein unter dem übergeordneten Gemeinwohlaspekt der solidarischen Lastenteilung einbezogen. Dem wollen wir uns auch in keiner Weise verweigern. Die Lastenteilung muss aber fair – und zwar im Landesmaßstab – ausgestaltet sein. Einen solchen Ansatz vermissen wir im vorliegenden Regierungsentwurf. Dieser weist die Tendenz auf, den Landkreis Oder-Spree in eine direkte Verantwortung für die Behebung einer jahrelangen haushaltswirtschaftlichen Fehlentwicklung zu stellen.

2. Wenngleich Art. 97 der brandenburgischen Landesverfassung grundsätzlich auch einen Eingriff in die Rechte aus Art. 97 ermöglicht, so bedarf dieser in Ansehung der Bedeutung dieses Grundrechts auf kommunale Selbstverwaltung jedoch einer triftigen Begründung, die sich gemäß Art. 98 (Gebietsänderung) nur auf Gründe des öffentlichen Wohls stützen kann. Dabei versteht es sich von selbst, dass die Gründe derart beschaffen sein müssen, dass sie den Eingriffsgehalt auch tatsächlich rechtfertigen können.

Die Landesregierung hat die bestimmenden Elemente der miteinander verbundenen Strukturreformen (Funktionalreform und Gebietsreform) in einem Leitbild definiert. In diesem Rahmen wurde immer wieder betont, dass eine sinnvolle Kreisgebietsreform denklogisch eine umfassende Funktionalreform zur Voraussetzung habe. Dahinter stand die Überlegung, dass die durchgängige Übertragung von 22 im Leitbild identifizierten Aufgaben auf die Landkreisebene nur dann gelingen könne, wenn die Leistungskraft der aufnehmenden Landkreise zuvor gestärkt werden würde.

Wir wissen nunmehr, dass der Regierungsentwurf dieses Ansinnen inzwischen stillschweigend aufgegeben hat. Der Aufgabenkatalog ist auf drei Aufgaben, von denen in inhaltlicher und personeller Hinsicht nur eine von Relevanz ist, zusammengeschrumpft. Von den ursprünglich 1500 Stellen, die mit der Aufgabenerfüllung in Zusammenhang stehen, sollen nunmehr allenfalls ca. 500 Stellen mit den Aufgaben übertragen werden.

Bei der Anhörung zum Funktionalreformgesetz am 9.10.2017 habe ich die Reaktion des kommunalpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, des Landtagsabgeordneten Daniel Kurth, auf einen entsprechenden Vorhalt hin das thüringische Landesverfassungsgericht sehe keine zwingende Verknüpfung von Funktionalreform und Kreisgebietsreform, dahingehend verstanden, dass zumindest die Landtagsfraktion der SPD diesen Ansatz gänzlich aufgegeben hat.

Mit dieser Positionierung zur Funktionalreform verstößt der Reforminitiator aber gegen das Gebot der Systemgerechtigkeit, d. h.:

Wenn der Gesetzgeber von seinem selbst gewählten Leitbild abweichen will, so müssen diese Abweichungen hinreichend begründet werden.

Dies ist allerdings in der inhaltlich gebotenen Form nicht erfolgt. Damit wird aber die Rationalität der gesetzgeberischen Entscheidung in Zweifel gezogen.

Ein derart fragiles und unschlüssiges Reformkonzept kann aber den schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht der kommunalen Selbstverwaltung des Landkreises Oder-Spree nicht rechtfertigen.

3. Die einschneidendste und den Landkreis massiv in seinen Rechten verletzende Regelung findet sich in Art. 1 Paragraph 1 Abs. 3, der unter anderem die Auflösung des Landkreises Oder Spree anordnet.

Es handelt sich um den denkbar weitest gehenden Eingriff in das Integritätsinteresse des Landkreises Oder-Spree, ohne dass sich der Entwurfsverfasser auf die gewichtigen Gründe des öffentlichen Wohls stützen kann.

In dem hier zu betrachtenden Gebietsausschnitt Ostbrandenburgs gestaltet sich die Situation wie folgt: Ein hinsichtlich seines Verwaltungspotenzials, seiner Wirtschafts- und Veranstaltungskraft und seiner Haushaltswirtschaft betrachtet, solide aufgestellter Landkreis wird aufgelöst, um ein Problem in der kommunalen Nachbarschaft zu lösen, zu dessen Entstehung der Landkreis Oder-Spree weder beigetragen hat, noch auf das er irgendeinen Einfluss hinsichtlich der Entwicklung des Desasters nehmen konnte – im Gegensatz zum Innenminister, bei dem schließlich über zwei Jahrzehnte die Rechtsaufsicht über die Stadt Frankfurt (Oder) lag – Sie werden mir zustimmen: Das ist „verkehrte Welt“.

Die im vorliegenden Gesetzentwurf skizzierte Überwindung dieses, in seinen Entstehungsgründen bislang ungeklärten Finanzproblems, mutet aber ebenso eigenwillig an. Im Falle einer Überschuldung greift man normalerweise nicht auf die Nachbarschaft zu, sondern ermittelt die Entstehungsgründe und sorgt durch geeignete Maßnahmen, die sich an den Schuldner richten, für eine Korrektur.

Eine fundierte analytische Betrachtung der haushaltswirtschaftlichen Situation der bislang kreisfreien Städte, in Sonderheit der Stadt Frankfurt (Oder), sucht man in der Begründung des Gesetzesentwurfs aber vergeblich. Genauso verhält es sich mit der gebotenen Untersuchung sozial-struktureller Unterschiede zwischen dem urbanem Raum Frankfurts und dem ländlichem Raum des Landkreises Oder-Spree.

Zwar wird die Situation dahingehend beschrieben, dass die drei kreisfreien Städte seit mindestens 10-15 Jahren eine dauerdefizitäre Haushaltssituation aufwiesen. Hinsichtlich der Ursachenklärung verhält sich die Begründung aber im Vagen.

Auf Seite 37 der Gesetzesbegründung wird dann die Katze aus dem Sack gelassen, dort heißt es zur Begründung:

„Da die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit in den Städten weder – trotz jahrelanger Konsolidierungsbemühungen – aus eigener Kraft, noch mittels finanzieller Unterstützung des Landes gelungen ist, bedarf es weitergehender struktureller Maßnahmen des Landes, um diese Städte von den finanziellen Belastungen, zum Beispiel bei der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe dauerhaft zu entlasten.

Eine alternative Finanzierung dieser Aufgaben aus Landesmitteln bzw. aus dem kommunalen Finanzausgleich scheidet aus, da dem Land wegen des Rückgangs der eigenen Einnahmen aus dem Jahr 2020 keine finanziellen Möglichkeiten dafür zur Verfügung stehen.“

Das heißt aber nichts anderes, als das federführende MIK ein Konzept des fairen Lastenausgleichs im Landesmaßstab gar nicht weiter verfolgt, sondern der zufällig benachbarte Landkreis Oder-Spree den Ausgleich der nach dem Standardanpassungszuschnitt verbleibenden strukturellen Unterfinanzierung allein zu stemmen hat.

Das bedeutet aber nichts anderes, als dass man den aufnehmenden Landkreis Oder-Spree hier als eine Art finanzwirtschaftliches Perpetuum Mobile betrachtet, dass auf geheimnisvolle Weise, aus eigener Kraft, die Finanzmittel zu generieren habe, die die strukturelle Unterfinanzierung der zu übertragenden Aufgaben ausgleichen sollen.

Da diese mit den Sozialleistungen zusammenhängenden Fehlbeträge eine dauerhafte Belastung darstellen werden und mit Blick auf den hier wirkenden strengen Gesetzesvorrang und Gesetzesvorbehalt nur ein minimaler Gestaltungsspielraum verbleibt, hilft hier auch kein Standardanpassungszuschnitt über 5 Jahre, der für sich genommen nach unseren Berechnungen überdies nicht auskömmlich angelegt ist.

Damit ist aber klargestellt, dass nach der Konzeption des Gesetzesentwurfs die kreisangehörigen Kommunen des Landkreises Oder-Spree diesen Finanzausgleich im Wege eines Sonderopfers über die Kreisumlage zu erbringen haben.

Der denkbare Einwand, um gerade dies auszuschließen, habe man die Reform mit entsprechenden Ausgleichsinstrumenten versehen, geht fehl, da man sich nicht der Mühe unterzogen hat, die künftig entstehenden Ausgleichsbedarfe umfassend und präzise zu ermitteln, sondern hier wie etwa beim Produktbereich drei (soziale Hilfen, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) nur einen Teilausschnitt betrachtet hat, der Produktbereich zwei (Schule und Kultur) bleibt hier vollkommen außer Betracht.

Bloße fiskalische Erwägungen mit Verweis auf den hohen Verschuldungsstand der Nachbarkommune Frankfurt (Oder) reichen im konkreten Fall daher nicht aus, die Auflösung des Landkreises Oder-Spree zu begründen.

Dies gilt umso mehr, als bislang nicht dargetan ist, dass die gebietliche Maßstabsvergrößerung mit ihren begleitenden Entlastungsmaßnahmen überhaupt geeignet ist, das Verschuldungsproblem substantiell zu überwinden und nicht nur auf den aufgabenaufnehmenden Landkreis Oder-Spree zu überbürden.

Es lassen sich bei den hier in Rede stehenden Aufgabenbereichen des SGB II, des SGB XII, und des SGB VIII die Aufwendungen aber nicht beliebig gestalten, da sie mit fest umrissenen gesetzlichen Ansprüchen korrespondieren. So ist nicht zu erkennen, inwieweit eine Maßstabsvergrößerung das Leistungsvermögen der aufgabenerfüllenden Kommune in irgendeiner Weise stärken könnte. Zwischen dem aufgezeigten Problem und dem angedachten Lösungsweg besteht gar kein innerer sachlicher Zusammenhang. Daher ist bereits die vom Gesetzgeber vorgesehene Reformmaßnahme vollkommen ungeeignet.

In einem Rechtsstaat hat sich aber jeder Eingriff in die Rechtssphäre eines Rechtssubjekts am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit messen zu lassen.

Verhältnismäßig ist der Eingriff eines Gesetzgebers aber nur dann, wenn er überhaupt geeignet ist, das gesetzgeberische Ziel zu erreichen, wenn der Gesetzgeber darüber hinaus das mildeste Eingriffsmittel wählt und zudem sich der Eingriff in Ansehung der Bedeutung des betroffenen

Grundrechtes einerseits und der gesetzgeberischen Zielsetzung andererseits als angemessen darstellt.

Bereits die Eignung des gesetzgeberischen Ansatzes lässt sich wie dargelegt nicht nachweisen. Die Auflösung des Landkreises Oder-Spree verstößt aber auch gegen das Übermaßverbot. Bereits der Gesetzesbegründung des Referentenentwurfes Seite 112/113 ist zu entnehmen, dass im Falle der Aufhebung der Kreisfreiheit einer Stadt keinerlei zwingende Gründe bestehen, nach denen die Auflösung und Neubildung der aufnehmenden Landkreise alternativlos geboten sei. Vielmehr wird zur Neubildungsvariante sehr allgemein auf „verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gründe“ verwiesen, die eine „Neubildung“ angezeigt erscheinen lassen. Daneben wird die Vermutung angestellt, dass „Akzeptanzprobleme“ vermieden und das Zusammenwachsen befördert werde.

Demgegenüber hat der Landkreistag unter Verweis auf die höchstrichterliche Rechtsprechung den Weg einer Eingliederung ohne Auflösung des aufnehmenden Landkreises aufgezeigt. Dieser Weg wäre jedenfalls das ungleich mildere Eingriffsmittel.

Man hat den Eindruck, der Verfasser des Gesetzesentwurfs verkenne geradezu die Eingriffsqualität dieser Auflösung, denn er bemüht sich an keiner Stelle um eine Rücksichtnahme auf die berechtigten Belange des herangezogenen „Nothelfers“ Landkreis Oder-Spree.

Das ist aber weder rechtlich vorgegeben noch zufällig. Dahinter verbirgt sich eine aus der Not geborene gestalterische Absicht. Es ist erklärtes Ziel, die kreisfreien Städte aus ihrer prekären Haushaltssituation heraus zu manövrieren.

Dem Land fehlt aber, wie wir der Gesetzesbegründung entnehmen, das Geld, die kreisfreien Städte für die Zukunft finanzwirtschaftlich stabil aufzustellen.

Der Rückgriff in die Verbundmasse scheidet aus, weil dieser einen enormen Widerstand hervorrufen würde.

Deshalb bleibt nur der Weg über die Einkreisung – hier der Stadt Frankfurt (Oder) – um sich so die Finanzkraft und Leistungsfähigkeit des Landkreises Oder-Spree zu erschließen.

Die Einkreisung ist aber wiederum ein schwerwiegender Eingriff in die Aufgabenträgerschaft und das damit einhergehende Renommee, ja die Markenqualität einer traditionsreichen stolzen Hanse- und Universitätsstadt sowie eines bedeutenden Verwaltungs- und Gerichtsstandortes Frankfurt (Oder).

Jedem unvoreingenommenen Beobachter springt auch sofort ins Auge: Ein derartiger Funktionsverlust beißt sich mit der oberzentralen Bedeutung und der Ausstrahlungswirkung dieser raumrelevanten Stadt in Ostbrandenburg.

Daher möchte man, um den sich abzeichnenden Konflikt in Grenzen zu halten, zumindest in der optischen Anmutung möglichst weitgehend alles beim Alten belassen.

Aus diesem Grunde gestaltet man den Funktionsverlust der Stadt Frankfurt dadurch etwas zierlicher, dass man dem Landkreis Oder-Spree einen weitaus einschneidenderen Eingriff zumutet, nämlich eine rückstandsfreie Auflösung, die nicht einmal vor dem Kreisnamen halt macht.

Dessen ungeachtet: Mit einem Funken juristischer Phantasie hätte man selbst eine Auflösung schonender ausgestalten können, indem man die für nötig gehaltene Wirkung auf eine juristische Sekunde beschränkt hätte und hernach den Landkreis so weit wie möglich in seinem bisherigen Bestand hätte wieder erstehen lassen.

Die nunmehr bevorzugte Lösung hat aber zudem den Charme, dass damit die Kreisstadtfrage für eine Neuentscheidung zugänglich gemacht wird und man die Stadt Frankfurt (Oder) zusätzlich privilegiert, in einem paritätisch besetzten Fusionsgremium die Binnenorganisation des künftigen Landkreises mitbestimmen zu können.

Auf dieser Linie bewegen sich auch die zahlreichen Aufgabenprivilegierungen. 12 Aufgaben aus dem Bestand der zu übertragenen kreislichen Aufgaben kann die Stadt Frankfurt in ihrer Verantwortung behalten. – Es handelt sich allerdings um ein vergiftetes Geschenk, denn die Finanzierungsfrage ist bis heute nicht geklärt.

Eine besonders krasse Privilegierung wird bei der Schulträgerschaft sichtbar, denn anders als bei den übrigen in § 11 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzesentwurfs genannten Aufgaben kann die privilegierte Stadt auch noch nach Ablauf der Verzichtsfrist am 30. Juni 2018 eine Übertragung der Trägerschaft für Schulen der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe auf den Landkreis verlangen.

Gerade im Hinblick auf die Aufgabenprivilegierung zeigt sich der reformerische Widerspruch in voller Blüte. Der Reformbedarf begründet sich ja einerseits damit, dass man der Stadt Frankfurt (Oder) die Leistungskraft abspricht, Kreisaufgaben effizient wahrzunehmen und sie dadurch in die Finanzmisere geschlittert sei. Andererseits ermöglicht man es der Stadt, aus dem Bestand der zu übertragenen Aufgaben 12 Aufgaben auch künftig eigenverantwortlich wahrzunehmen. Es wirkt schon recht irritierend, ein solches Privilegierungskonzept einem Landkreis verkaufen zu wollen, der hier ein Déjà vu hat. Ich spreche von der Stadt Eisenhüttenstadt, der nach der ersten Kreisgebietsreform das seinerzeitige Aufgabensicherungsgesetz ermöglichte, Aufgaben auf der Kreisstufe auch weiterhin wahrzunehmen – wie wir heute wissen, mit verhängnisvollen haushaltswirtschaftlichen Folgen. Zudem wurde in das Verhältnis Landkreis - Stadt Eisenhüttenstadt ein Konflikt hineingetragen, der bis heute nachwirkt.

Die konstruktiven Mängel wirken sich auch auf die Wirksamkeit der einzelnen Instrumente aus, mit denen die Reformziele verwirklicht werden sollen.

So ergibt sich hinsichtlich der Transformationskostenpauschale (§ 66) die Schwierigkeit, dass man eine Einschätzung der Auskömmlichkeit der Transformationskostenpauschale erst dann vornehmen kann, wenn man weiß, welche Aufgaben auf den Landkreis auch tatsächlich übergehen.

Vollkommen unzureichend sind die Aussagen des Gesetzesentwurfs in Paragraph 67 zum Standardanpassungszuschuss. Hier wurden zwar im Regierungsentwurf die Beträge kreisindividuell für den Landkreis Oder-Spree für die Jahre 2020-2024 ausgeworfen. Der

Standardanpassungszuschuss beträgt im ersten Jahr 12,7 Millionen € und reduziert sich dann bis zum Jahr 2024 auf 2,5 Millionen €.

Niemand kann aber bislang genau sagen, welche Erwartungen sich an diese Zuwendung konkret knüpfen. Offenkundig soll es, wie die Bezeichnung von § 67 deutlich macht, zu einer Anpassung/Rückführung von Standards bei der Leistungserbringung und bei den erbrachten Leistungen kommen.

Ich hatte aber bereits darauf hingewiesen, dass insbesondere bei den kostenträchtigen Leistungen im Sozialleistungsbereich mit Blick darauf, dass die Leistungen mit klar umrissenen gesetzlichen Ansprüchen korrespondieren und damit nur wenig Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Auch die Leistungserbringung ist durch Fallbearbeitungsschlüssel vorgeprägt, so dass auch die Anpassung in personalwirtschaftlicher Hinsicht wenige Möglichkeiten bietet. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber es dem Landkreis gemäß § 24 Abs. 7 Satz 2 in Verbindung mit § 23 Abs. 4 des Gesetzentwurfs verwehrt, betriebsbedingte Kündigungen aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Kreisneugliederung stehen, auszusprechen. Dies gilt im Übrigen auch für Änderungskündigungen.

Der Gesetzentwurf verpflichtet den Landkreis Oder-Spree zur Standardanpassung, schlägt ihm aber gleichzeitig jegliche Handlungsinstrumente aus der Hand. Das verstößt einerseits gegen Treu und Glauben und andererseits gegen den römisch-rechtlichen Grundsatz, dass Unmögliches nicht geschuldet wird.

Andererseits haben unsere Berechnungen des Zuschussbedarfes auf der methodischen Grundlage des Gesetzesentwurfs ergeben, dass bereits unter ausschließlicher Betrachtung des Produktbereichs 3 (soziale Hilfen, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) bereits im ersten Jahr, in dem der Standardanpassungszuschuss noch die volle Höhe aufweist, bereits eine Unterdeckung von 1,7 Millionen € zu beklagen ist.

Bei dieser Berechnung bleibt aber der Produktbereich 2 (Schule und Kultur) außer Betracht, der nach unseren Berechnungen zu einer Mehrbelastung in Höhe von mindestens 9,7 Millionen € bezogen auf die acht Schulen der Stadt Frankfurt (Oder) führen könnte.

Bei diesen Unterhaltungskosten ist aber der Sanierungsrückstau infolge der schlechten Haushaltslage der letzten Jahre in der Stadt Frankfurt (Oder) ebenfalls nicht berücksichtigt. Nach Auskunft des Sozialdezernenten steht hier allein ein Investitionsbedarf von etwa 25 Millionen € zur Debatte. Hierbei sind die Schulturnhallen noch nicht mit berücksichtigt.

Der Gesetzentwurf geht auch offenbar davon aus, dass die Landkreise auch für den ÖPNV in dem Gebiet der einzukreisenden Städte zuständig werden. Aus dem Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt (Oder) für 2014 ist zu entnehmen, dass die Stadtverkehrsgesellschaft in den Jahren 2012-2014 Verluste von jährlich 5,3 - 5,8 Millionen € realisierte, welche durch Verlustübernahme auszugleichen sind. Für die Wirtschaftsjahre bis 2019 werden die Verluste noch bis auf 7,3 Millionen € pro Jahr steigen.

Eine Analyse der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II wird darüber hinaus zu einer Mehrbelastung in Höhe von 5,1 Millionen € führen, die ebenfalls durch den Standardanpassungszuschuss auszugleichen wären.

Insofern leidet das gesetzgeberische Neugliederungskonzept an dem eklatanten Mangel, dass die Sachverhalte, an die man hier mit der Reform anknüpfen will, nicht sorgfältig und umfassend ermittelt sind und damit dem Gesetzgeber wesentliche Entscheidungs- und Abwägungsgesichtspunkte vorenthalten werden.

Die Landesregierung fordert im Rahmen der Stellungnahme daher teilweise Unmögliches vom Landkreis Oder-Spree. Allein die Landesregierung wäre in der Lage, dem Landkreis das für die umfassende Stellungnahme benötigte Datenmaterial bzw. die entsprechenden Kalkulationsgrundlagen zur Verfügung zu stellen. Man versucht hier durch die Hintertür die Darlegungslasten kurzerhand umzukehren. Der Landkreis wird in die Situation gebracht, einen negativen Beweis führen zu müssen. Die insoweit bestehende Abhängigkeit von den Auskünften der Landesregierung liegt auch auf der Hand.

Ein derartiges Vorgehen des MIK verletzt den allgemeinen Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben § 242 BGB, denn die Landesregierung verhält sich hier widersprüchlich. Sie verweigert dem Landkreis Oder-Spree Auskünfte, die dieser dringend benötigt, um seine Rechte im Beteiligungsverfahren wirksam zu vertreten. Da in das Abwägungsverfahren in der parlamentarischen Befassung somit nicht alle relevanten Aspekte Berücksichtigung finden können, wird auch das Abwägungsergebnis an erheblichen Abwägungsfehlern leiden. Genau dies ist aber der zentrale Anknüpfungspunkt einer rechtlichen Beurteilung durch das Verfassungsgericht.

Im Übrigen möchte ich auf den Beschluss des Kreistages vom 4.10.2017 sowie die hierzu gefertigte detaillierte Stellungnahme und auf die Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg zum Gesetzesentwurf der Landesregierung verweisen. Der Landkreis Oder-Spree macht sich diese Stellungnahme zu eigen.